

**Rede von Bundesminister Dr. Thomas de Maizière,
Chef des Bundeskanzleramtes**

Herr Vorsitzender, lieber Herr Oswald, lieber Kollege Linssen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie alle kennen die chinesische Weisheit:

„Willst Du ein Jahr Wohlstand, so säe Korn. Willst Du zehn Jahre Wohlstand, so säe Bäume. Willst Du 100 Jahre Wohlstand, säe Menschen.“

Kluge Menschen sind sich offenbar über diese Weisheit schon immer im Klaren gewesen. Allerdings handeln wir nicht immer danach. Europas Demografie befindet sich in einem vermutlich historisch beispiellosen Wandel. Er vollzieht sich in einer Dimension, wie sie vielleicht im Dreißigjährigen Krieg in Europa vergleichbar war. Aber der Wandel vollzieht sich schleichend und scheinbar nicht erkennbar. Zunächst zu ein paar Fakten. Ich weiß nicht, ob Herr Linssen sie schon genannt hat, vieles davon ist ja schon bekannt. Die Menschen in Europa leben erfreulicherweise länger. Seit über drei Jahrzehnten sind die Geburtenzahlen in Europa nicht mehr bestandserhaltend. Europa wird älter und Europa wird kleiner. Europa wird älter, weil es nach Expertenprognosen bis 2050 rund 58 Millionen mehr Menschen über 65 Jahren geben wird. Das ist ein Zuwachs von 77 Prozent gegenüber dem Jahre 2004. Gleichzeitig soll die erwerbsfähige Bevölkerung bis dahin um 48 Mio. oder um 16 Prozent zurückgehen. In der Folge kommen dann 2050 noch zwei Personen im Erwerbsalter auf einen über 65 – statt derzeit vier. In Deutschland sind es dann nur noch sogar „anderthalb“, die die Last tragen müssen. Viele sprechen deshalb von einer Überalterung der Gesellschaft. Ich halte den Ausdruck nicht ganz für präzise,

denn der Begriff Überalterung zeigt ja an, als hätten wir zu viele alte Menschen. Wir freuen uns aber, wenn Menschen älter werden. Deswegen ist der Sachverhalt eigentlich mit einem Wort zu beschreiben, den es in deutsch gar nicht gibt und ich nicht weiß, wie die Dolmetscher das übersetzen können. Es ist eigentlich das Wort: wir haben eine Unterjüngung. Wir haben nicht eine Überalterung, sondern eine Unterjüngung. Wir haben zu wenig junge Menschen und nicht zu viele alte Menschen. Es wäre gar kein Problem, unsere Probleme zu lösen, dass die Menschen älter werden, wenn wir gleichzeitig viele junge Menschen und Kinder hätten. Das ist der Sachverhalt. Dass Europa auch kleiner wird, liegt nicht so sehr am Bevölkerungsrückgang selbst, sondern am internationalen Vergleich. Dort stehen uns mehrere Regionen gegenüber, die ein – teils außerordentlich starkes – Bevölkerungswachstum aufweisen. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung wird daher weiter zurückgehen: von gegenwärtig noch gut 11 Prozent auf dann schätzungsweise 7 Prozent im Jahre 2050 – bei einer Weltbevölkerung von dann rund 9 Milliarden Menschen. Ich habe in der Schule gelernt – ich bin Jahrgang 1954 –, dass die Ernährung der Weltbevölkerung zusammenbricht, wenn wir mehr als zwei Milliarden Menschen auf der Erde haben. Jetzt ist der Hunger in der Welt zwar nicht besiegt, aber wir glauben schon, dass es an sich bei veränderten oder bei normalen Wirtschaftsbedingungen möglich wäre, die bestehende und auch noch eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, ohne dass ich das Problem der Welternährung klein schreiben will. Aber um Ihnen mal die Dimensionen von meiner Jugend – zwei Milliarden ist sozusagen der kritische Bereich – auf dann 9 Milliarden in 2050 zu verdeutlichen. Diese Entwicklung wirkt sich auf nahezu jeden Lebens- und Politikbereich aus. Die demografische Entwicklung berührt auch die Grundlagen unseres Wohlstandes, Beeinträchtigung des Wachstumspotenzials und die

steigende Belastung der öffentlichen Haushalte und Sozialhaushalte. Nicht zuletzt aber auch eine Herausforderung für die Finanzmärkte, worüber Sie ja auch in besonderer Weise miteinander reden. Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaussichten geraten unter Druck, weil Arbeitsangebot und Beschäftigung nach Ansicht der Kommission und der Mitgliedstaaten spätestens ab Ende des nächsten Jahrzehnts zurückgehen werden. Bis 2050 nimmt die Beschäftigung in Europa dann um knapp 5 Prozent ab. Zuwächse müssen dann in erster Linie über zusätzliche Arbeitsproduktivität realisiert werden. Ein – wenn auch hypothetisches – Szenario der EU-Experten sieht etwa das jährliche Wachstum pro Kopf im Zeitraum 2030 bis 2050 um 0,8 Prozentpunkte niedriger als heute allein wegen der demografischen Entwicklung. Ob das stimmt, wissen wir nicht. Sie kennen den berühmten Witz. Prognosen sind schwierig – besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Also bin ich etwas misstrauisch, was diese Prognosen angeht, aber es ist jedenfalls eine in sich schlüssige Berechnung. Für die öffentlichen Haushalte – Herr Linssen hat darauf hingewiesen – entstehen beträchtliche Ausgaberrisiken wegen der altersbezogenen Ausgaben Rente, Gesundheit, Pflege. Bei Fortführung der bisherigen Politiken müssten – und das ist jetzt keine Prognose, sondern ein Wenn-Dann-Satz –, wenn die bisherige Entwicklung so weiter geht, dann müssten die öffentlichen Haushalte in der EU jüngsten Schätzungen zufolge bis 2050 fast 3 ½ Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes mehr für altersbezogene Ausgaben aufwenden. Damit meine ich jetzt nicht den EU-Haushalt, sondern unsere Haushalte zusammen genommen - unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten. Das entspräche einem Zuwachs der öffentlichen Haushalte um 10 Prozent. Ich sehe nicht, dass das irgendwo finanzierbar ist. Schließlich sind auch die Finanzmärkte vom demografischen Wandel betroffen. Zwar halte ich die vereinzelt geäußerte

Sorge für übertrieben, dass es künftig zu massiven Verwerfungen kommen könne, wenn Altersvorsorge-Sparer im Ruhestand ihre Anlagen veräußern und die nachfolgenden Generationen gleichzeitig nicht ausreichend Nachfrage entwickeln. Trotzdem: In einer älteren und zahlenmäßig rückläufigen Bevölkerung wird weniger gespart werden und es wird a priori schwieriger sein, interessante Investitionsmöglichkeiten zu erschließen als im Fall einer jungen und wachsenden Bevölkerung – jedenfalls aus dem eigenen EU-Bereich. Zudem spielt die private Altersvorsorge eine immer größere Rolle. Was bedeutet dies nun für unser politisches Handeln? Zunächst muss man nüchtern sagen, Politik muss sich damit abfinden, dass sie im Blick auf demografische Entwicklungen nur begrenzt Einfluss nehmen kann. Erstens sind die meisten Kinder, um die es geht, bereits geboren oder nicht geboren, sodass Einflussnahmen nur sehr langfristig wirken. Wenn man einmal davon absieht, dass man natürlich durch Zuwanderung angeblich einige Probleme lösen kann. Das Zweite ist, dass es keinen klaren Zusammenhang zwischen politischem Handeln und Kinderkriegen gibt. Außer vielleicht einen und der ist besorgniserregend. Es gibt eine ganz langfristige Entwicklung: Je wohlhabender eine Gesellschaft wird, umso weniger Kinder bekommt sie. Das kann natürlich nicht heißen, dass umgekehrt ein Schuh daraus wird, dass wir auf Wohlstand und Wohlstandsmehrung verzichten sollten, um wieder mehr Kinder zu kriegen. Drittens: Es gibt relativ wenig konkrete Zusammenhänge zwischen staatlicher Politik und Geburtenverhalten. Es gibt möglicherweise zwei bemerkenswerte Ausnahmen – Frankreich und Schweden–, die zu mehr Kindern geführt haben, aber auch nicht zu einer völligen Trendumkehr. Im Übrigen aber wissen wir, dass wenn Eltern sich Kinder wünschen, Frauen oder Männer oder Eltern – ich will jetzt gar nicht auf Familienmodelle eingehen – , dann hat das sehr viel damit zu tun, ob sie Zuversicht

in die Zukunft haben und weniger mit der Frage, wie hoch das Kindergeld ist. Auch das ist nun wiederum kein Plädoyer dafür, Familienleistungen zu kürzen, weil man sagt, es hat sowieso keinen Zweck. Nur man muss sich der Begrenztheit dessen, was man tut, im Blick auf eine unmittelbare Folge mehr Kinder bewusst sein. Wir haben trotzdem natürlich viel zu tun, und jeder in seinem Land und in der Europäischen Union gemeinsam. In Deutschland hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, zuletzt etwa mit der „Rente mit 67“, mit dem Elterngeld, bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen insbesondere in Ostdeutschland. Künftig gilt es, Maßnahmen noch stärker über einzelne Politikbereiche miteinander zu verzahnen und letztlich alle Maßnahmen auf ihre Demografieverträglichkeit zu überprüfen. Weil der demografische Wandel ganz Europa betrifft, ist es auch notwendig, diese Fragen in einem europäischen Kontext anzugehen und so verstehe ich auch den Sinn dieser ganzen Tagung, Herr Oswald. Mit ihrem Grünbuch von 2005 und den Folgedokumenten hat die Kommission einen intensiven Dialog zwischen Europa und den Mitgliedstaaten angestoßen. Unser heutiger Austausch soll sich insbesondere den öffentlichen Finanzen und Finanzmärkten widmen. Deswegen dazu ein paar Bemerkungen. Wir müssen die öffentlichen Finanzen tragfähig gestalten. Hier sehe ich drei Kernaufgaben: die konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte; strukturelle Reformen insbesondere im Bereich der Alterssicherung und weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist erforderlich, um angesichts künftig steigender Ausgabennotwendigkeiten – ich sprach schon von den Notwendigkeiten der Alterssicherung – überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben. Hier gibt es positive Entwicklungen. Bezüglich der öffentlichen Defizite hat sich die Situation in Europa im

vergangenen Jahr erfreulicherweise etwas verbessert. Aus deutscher Sicht ist es zum ersten Mal seit 2002 wieder gelungen, mit einem Defizit von 1,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes deutlich unter dem 3 Prozent-Wert des Maastricht-Vertrages zu bleiben. Für 2007 hat die Bundesregierung zuletzt einen Wert von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach Brüssel gemeldet. Ich hoffe, dass wir diesen Wert noch unterschreiten können. Wir dürfen dann eine formelle Beendigung des Defizitverfahrens noch unter deutscher Ratspräsidentschaft erwarten. Wir wissen aber auch, dass wir damit im unteren Drittel der Länder der Europäischen Union sind, was den Abbau der öffentlichen Defizite angeht. Und wir wissen auch, dass das im Wesentlichen ein konjunktureller und kein struktureller Erfolg ist. Wie in Deutschland sind die Finanzierungssalden und Schuldenstände derzeit auch auf europäischer Ebene rückläufig. Im vergangenen Jahr sank die Defizitquote in der EU von 2,4 Prozent auf 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, gleichzeitig ist der Schuldenstand von 62,9 Prozent auf 61,7 Prozent zurückgegangen. Ein bisschen, aber sicher nicht sehr viel. Die Konsolidierungsbemühungen müssen nun konsequent fortgesetzt werden. Erst vor wenigen Tagen haben die Finanzminister der Eurozone hier in Berlin vereinbart, bis 2010 ihre mittelfristigen Haushaltsziele erreichen zu wollen. Für Deutschland bedeutet dies die Rückführung des gesamtstaatlichen strukturellen Defizits auf null Prozent. Gesamtstaatlich heißt nicht Bundeshaushalt, heißt auch nicht Landeshaushalt, heißt auch nicht Sozialversicherungssysteme, sondern heißt alle drei zusammengenommen. Das war in Deutschland ein bisschen missverständlich in der Presse am Tage danach. Für die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen reicht Haushaltskonsolidierung allerdings langfristig nicht aus. Notwendig sind darüber hinaus Strukturreformen, um den Anstieg altersbedingter Ausgaben zu begrenzen. Der Reform der

Altersversorgungssysteme kommt dabei eine besondere Rolle zu. Dies ist in den vergangenen Jahren auch bereits von einer Reihe von Mitgliedstaaten mit Erfolg angepackt worden. Stets übrigens unter sehr zurückhaltendem Beifall der Bevölkerung, weil diese Maßnahmen meistens mit Einschränkungen verbunden sind. Während 2001 für Deutschland bis 2050 noch ein Anstieg der öffentlichen Rentenausgaben um 5,5 Prozentpunkte des BIP erwartet wurde, sieht die letzte Prognose des Jahres 2005 nur noch eine Zunahme um 1,7 Prozentpunkte vor. Die dabei noch nicht berücksichtigte neue Rentenreform wird die Zunahme der öffentlichen Rentenausgaben nochmals begrenzen. Bei seinen Reformen setzt Deutschland auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine stärkere Verbreitung der zusätzlich kapitalgedeckten Altersvorsorge, um Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Renten für die Zukunft zu sichern. Das durchschnittliche Zugangsalter – nicht das rechtliche, sondern das faktische – zu den Altersrenten konnte seit 1995 bereits um über ein Jahr auf 63,2 Jahre angehoben werden. Unsere jüngste Rentenreform haben wir im Parlament gerade verabschiedet. Das gesetzliche Rentenalter wird ab dem Jahr 2012 bis 2029 schrittweise vom Alter 65 auf 67 Jahre angehoben. Der zuständige Bundesarbeitsminister Müntefering ist übrigens gerade während der Beratung dieses Gesetzes 67 Jahre alt geworden. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters geht Hand in Hand mit einer Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer. Es ist uns gelungen, die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer in Deutschland deutlich anzuheben. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Vorgabe der EU – 50 Prozent Beschäftigung älterer Arbeitnehmer bis 2010 – erfüllen werden. Ehrlich gesagt ist das eigentlich ein bescheidener Anspruch – 50 Prozent. Und das ist nicht nur eine Frage der Finanzierung der Alterssicherungssysteme, sondern es kommt die Zeit, wo wir auf

das Erfahrungs- und Orientierungswissen älterer Menschen für eine komplizierte arbeitsteilige Gesellschaft angewiesen sind und sein werden. Seit der Rentenreform 2001 fördert Deutschland zudem den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge auf freiwilliger Basis. Über drei Viertel der deutschen Arbeitnehmer haben mittlerweile einen Anspruch auf eine Zusatzversorgung im Alter erworben. Zu den Fragen des Wachstums und Beschäftigung im Übrigen – der Lissabon-Strategie – muss ich in diesem Kreis vielleicht nichts sagen. Das kennen Sie alles. Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Strukturförderung werfen. Hier darf man sich angesichts der Vielschichtigkeit demografischen Wandels nicht auf Einzelmaßnahmen konzentrieren, sondern muss den Herausforderungen in allen Bereichen Rechnung tragen und Förderprogramme entsprechend miteinander verzahnen. In Ostdeutschland – Herr Linssen hat darauf schon hingewiesen – haben wir 1990 einen Rückgang der Geburten innerhalb von ein bis zwei Jahren um über 50 Prozent erlebt. Also im Jahre 1991 ging die Zahl der Geburten im Verhältnis zum Jahre 1989 um über 50 Prozent bruchartig nach unten. Inzwischen steigt die Zahl wieder etwas leicht, aber sie ist immer noch ungefähr 50 Prozent des Vor-Wende-Niveaus. Das heißt, es werden jetzt Schulen geschlossen und es werden Wohnungen abgerissen. Der Bevölkerungsrückgang erfolgt darüber hinaus auch nicht gleichmäßig, sondern ungleichmäßig in bestimmten Gegenden, wo es etwa eine unter bestimmten Erfordernissen – etwa des Braunkohleanbaus oder anderer – besonders reiches Bevölkerungswachstum gegeben hat, ist auch der Rückgang der Bevölkerung besonders dramatisch. Wir haben Großstädte in Sachsen, die haben ihre Bevölkerung um die Hälfte eingebüßt seit 1990. Wenn sie da Hochhäuser abreißen, dann müssen sie genau aufpassen, welches Hochhaus, sonst kriegen sie ein Problem mit der Abwasserleitung. Dieses Beispiel zeigt nur, wie man

Förderungen miteinander verzahnen muss, ein gewaltiger Weg. Wenn die öffentlichen Finanz- und Rentensysteme infolge des demografischen Wandels umstrukturiert werden, wirkt es sich auch auf den privaten Bereich in den Bereich der Finanzmärkte aus. In Deutschland sind nach der Rentenreform 2001 – ich sagte es schon – acht Millionen private Altersvorsorgeverträge und 17 Millionen Anwartschaften auf Betriebsrenten entstanden – in fünf Jahren. Derartige Entwicklungen sind in ganz Europa im Gang und wirken sich natürlich auch auf Kapitalmärkte aus. Selbst wenn die Sparer für ihre Anlagen auf Intermediäre wie Banken und Versicherungen zurückgreifen, fließen die angelegten Mittel doch letztlich an den Kapitalmarkt. Anders als in der umlagefinanzierten Altersvorsorge ist der Altersvorsorge-Sparer unmittelbar den Risiken des Kapitalmarktes ausgesetzt. Angesichts dieser Entwicklungen wächst die Bedeutung stabiler Finanzmärkte. Gleichzeitig steigt mit dem Umfang kapitalgedeckter Altersvorsorge der Bedarf an einem angemessenen Produktangebot. Finanzmarktstabilität kann dabei leider nicht Abwesenheit von Risiken bedeuten – höhere Renditen sind schließlich langfristig nur durch die Übernahme höherer Risiken möglich. Wichtig ist aber, dass die Bürger sich der Risiken bewusst sind, und nur solche Risiken eingehen, die sie zu tragen in der Lage sind. Dazu gehört einerseits, dass sich die Verbraucher verstärkt mit dem notwendigen Einmaleins der Finanzen vertraut machen, um ihre Anlagebedürfnisse besser am Markt verfolgen zu können. Andererseits ist allerdings für die große Mehrheit der Altersvorsorge-Sparer auch eine kompetente und faire Beratung erforderlich, um sinnvolle Entscheidungen über die finanzielle Eigenvorsorge fällen zu können. Ich sage das deswegen, weil etwa in Deutschland der Beruf des Vermögensberaters kein geschützter Beruf ist. Apotheker, Arzt, Rechtsanwalt, Tischler sind alles – wenn Sie so wollen – geschützte Berufe, nicht aber der des

Vermögensberaters. Ich denke, der gesetzliche Rahmen für den Anlegerschutz in Europa schafft hier gute Voraussetzungen. Nicht zuletzt hat die Finanzmarkt-Richtlinie MiFID, die bis November 2007 von den Finanzinstituten umzusetzen ist, die Bedingungen für Anleger weiter verbessert und wir sind gerade in der Abschlussberatung dieses Gesetzgebungsgangs. Mit Blick auf den Anlegerschutz möchte ich zuletzt auch unsere Initiative zur Erhöhung der Transparenz bei Hedge-Fonds erwähnen. Zwar investiert der private Anleger nicht direkt in diese Investmentgesellschaften, wohl aber zum Teil über institutionelle Investoren, denen er sein Kapital anvertraut. Ich bin mir natürlich der positiven Aspekte von Hedge-Fonds für die Finanzmärkte bewusst. Angesichts ihrer enormen Bedeutung für die Finanzmarktstabilität halte ich eine größere Transparenz in ihrem Handeln aber für unverzichtbar. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang eine freiwillige Selbstverpflichtung der Branche. Und wenn die 10 größten Fonds dieser Welt hierzu bereit sind, dann haben wir 80 Prozent der von ihnen beeinflussten Finanztransaktionen erfasst. Was übrigens unter Wettbewerbsgesichtspunkten auch Fragen aufwirft. Wir sind und hoffen – darüber sind sich die europäischen Finanzminister auch einig –, dass wir dieses Ziel einer freiwilligen Selbstverpflichtung erreichen. Und wir wollen dies auch zum Gegenstand des G8-Prozesses machen, der in diesem Jahr in Deutschland in Heiligendamm stattfindet. Jenseits dieser Überlegungen zum Anlegerschutz sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, dass wir mit besser integrierten europäischen Finanzmärkten an sich für die Herausforderungen des demografischen Wandels schon besser gewappnet sind. Schließlich bieten größere, liquidere und dynamischere Finanzmärkte am ehesten Möglichkeiten für einen effizienten Kapitaleinsatz und die Absicherung individueller Risiken. Sie sichern auch die Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Finanzbranche und des Standorts Europa insgesamt. Für ein relativ kleiner werdendes Europa – ich sprach davon – ist aber nicht nur der Abbau von Hindernissen nach innen wichtig. Die engere Verzahnung mit Partnern und Märkten außerhalb der EU erschließt auch für die europäischen Finanzmärkte neue Potentiale. Bis heute sind insbesondere die USA und Europa füreinander die wichtigsten Handels- und Investitionspartner. Unsere Wirtschaftssysteme haben sich als sehr erfolgreich erwiesen; sie erwirtschaften immer noch 60 Prozent des globalen Sozialprodukts und sie beruhen auf einem gleichen gemeinsamen Wertefundament. Und doch trennen uns in vielen Bereichen unnötigerweise sehr unterschiedliche Regulierungsansätze – auch im Finanzmarktbereich – etwa bei den Bilanzierungsvorschriften. Deshalb freuen wir uns, dass auf Initiative der deutschen Bundeskanzlerin beim Gipfeltreffen, das, während wir hier sitzen, in Washington zwischen der Europäischen Union und den USA stattfindet, der Grundstein gelegt wird für eine europäisch-atlantische Wirtschaftsinitiative, die zum Gegenstand hat eine bessere Zusammenarbeit bei der Regulierung technischer und sonstiger Standards, die wir für Handel und Wandel miteinander brauchen. Meine Damen und Herren, ich denke, es ist deutlich geworden, bei dem, was Herr Linssen und ich jetzt vorgetragen haben, dass es für die Herausforderungen des demografischen Wandels keine einfachen Antworten gibt und auch nicht nur staatliche. Es gibt aber eine beträchtliche Anzahl von Feldern, auf denen wir diesen Herausforderungen auf angemessene Weise begegnen können. Ich bin zuversichtlich, dass die heutige Veranstaltung auch im Blick auf das Kennenlernen von unterschiedlichen Problemen und Problemlösungsansätzen dazu einen wichtigen Beitrag leistet. Deswegen freue ich mich, dass Sie nach Berlin gekommen sind, um dies zu tun und ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.